



Eurospots

Schlaglichter aus dem Herzen Europas



AUS DEM INHALT

Ausgabe September 2023

- **Wiederherstellung der Natur**
- **Munitionsproduktion**
- **Infrastruktur für alternative Kraftstoffe**
- **Schlussfolgerungen aus der COVID-19-Pandemie**
- **Rechtstaatlichkeit in Deutschland**

Liebe Europainteressierte,

während man in Hessen und Bayern politisch auf die Landtagswahl zusteuert, geht das Europäische Parlament in die letzte Sitzungsperiode vor der Wahl am 9. Juni, also in knapp neun Monaten. Als außenpolitischer Sprecher der EVP-Fraktion bin ich im Prinzip mit allen krisenhaften Entwicklungen, die uns Europäer betreffen befasst, als ständiger Berichterstatter sowohl für die Ukraine als auch Tunesien stehen diese beiden Länder für mich im Fokus. Während die krisenhafte Entwicklung in Tunesien und die sich daraus ergebenden Folgen für die EU vor allem den Bereich Migration betreffen, ist der fortgesetzte russische Angriffskrieg gegen die Ukraine eine systemische Herausforderung für die regelbasierte internationale Ordnung, die Frage, ob sich die westlichen Demokratien dem gewalttätigen Angriff durch ausreichende Unterstützung der Ukraine erwehren können und wie wir gemeinsam mit den Ukrainern den Wiederaufbau und den EU-Beitrittsprozess gestalten können. Für die nächsten vier Jahre bereiten wir derzeit mit einer sogenannten „Ukraine-Fazilität“, einer Haushaltslinie in Höhe von 50 Milliarden Euro, für die ich als Ko-Berichterstatter mit einer Kollegin des Haushaltsausschusses die Verantwortung trage, ein umfassendes Unterstützungsinstrument vor. Wir tragen Sorge dafür, dass die Nachkriegs-Ukraine auf dem Weg in die EU die internen Fehler der Vergangenheit – Korruption und Oligarcheneinfluss – hinter sich lässt und den seit 2014 eingeleiteten Reformprozess konsequent fortsetzt.

Ich bin sicher: die vereinten Kräfte der Demokratie und des Rechtsstaats sind stärker als der Kriegsterror aus dem Reich des Bösen.

In diesem Sinne grüßt Sie herzlich

Michael Gahler



Gesetz zur Wiederherstellung der Natur ohne notwendige Balance

Mit dem Gesetz zur Wiederherstellung der Natur möchte die EU-Kommission Feuchtgebiete, Flüsse, Wälder, Grasland, Meeresökosysteme und städtische Gebiete in der EU und die darin vorkommenden Arten wiederherstellen, also re-naturalisieren. Leider ist dieser Gesetzesvorschlag der EU-Kommission ein klassischer Fall von „gut gemeint aber nicht gut gemacht“. Das Gesetz würde zu einem Rückgang der Agrarflächen führen und damit unsere Ernährungssicherheit sowie die Bezahlbarkeit von Lebensmitteln gefährden. Die Vorlage der EU-Kommission war für CDU und CSU deshalb nicht zustimmungsfähig und wir haben uns sehr intensiv dafür eingesetzt, dass das Parlament dagegen stimmt.

Nachdem bereits die Ausschüsse des Europaparlaments für Landwirtschaft, Fischerei und Umwelt das Gesetz abgelehnt hatten, fand im Juli die entscheidende Plenarabstimmung statt. Damit wurde leider die Chance eines kompletten Neuanfangs bei

diesem Gesetz vertan. Stattdessen beginnen nun Verhandlungen zwischen EU-Mitgliedstaaten für den endgültigen Gesetzestext. CDU und CSU akzeptieren das demokratische Ergebnis, werden sich weiterhin für einen zukunftsorientierten Ansatz einsetzen,

der die ländlichen Räume, die europäischen Bauern, die wachsende Weltbevölkerung, erneuerbare Energien und den Klimawandel stärker als bisher berücksichtigt. Die EVP-Fraktion steht für einen Schutz der Biodiversität mit den Menschen und nicht gegen Sie.



Förderung der Munitionsproduktion vom EU-Parlament beschlossen

Am letzten Sitzungstag vor der Sommerpause verabschiedete das Europäische Parlament mit breiter Mehrheit das Gesetz zur Förderung der Munitionsproduktion in der EU (engl. „ASAP“-Act in Support of Ammunition Production). Mit einem Umfang von 500 Millionen Euro soll ASAP zur gezielten Steigerung der europäischen Produktionskapazitäten im Bereich Artilleriemunition und Lenkflügelkörper beitragen, um einerseits die zugesagte Unterstützung der Ukraine gegen den russischen Angriffskrieg sicherzustellen und andererseits zur Wiederbefüllung der Bestände der Mitgliedsstaaten beizutragen.

Auf Antrag der EVP-Fraktion, die unerschütterlich an der Seite der Ukraine steht, erfolgte die Verabschiedung des Gesetzes im Eilverfahren nachdem die Europäische Kommission den Gesetzesvorschlag Anfang Mai vorgelegt hatte. ASAP ergänzt das Gesetz zur Förderung der gemeinsamen Beschaffung von Verteidigungsgütern durch die Mitgliedstaaten (EDIRPA), das vom Europaparlament im September abgestimmt wird.

Michael Gahler, der außenpolitische Sprecher der EVP-Fraktion stellt hierzu fest: „Das Instrument zur Förderung der Munitionsproduktion, ASAP, ist so-

wohl zur Unterstützung der Ukraine als auch zum Auffüllen der Bestände der EU-Mitgliedstaaten ein wichtiger Schritt. Nicht zuletzt im Interesse unserer eigenen Sicherheit sind wir gefordert, die Ukraine nach allen Kräften zu unterstützen, um sicherzustellen, dass die Ukraine diesen Kampf gewinnt. ASAP, zusammen mit EDIRPA, kann angesichts der Vernachlässigung der europäischen Verteidigung in den letzten 30 Jahren aber nur ein Anfang sein. Um die Sicherheit der europäischen Bürgerinnen und Bürger auch langfristig gewährleisten zu können, bedarf es weit größerer finanzieller Anstrengungen.“

Europaparlament beschließt Infrastrukturziele für alternative Kraftstoffe

Im Juli hat das Europäische Parlament über rechtlich verbindliche Ziele für den Ausbau von Ladesäulen und Tankstellen für alternative Kraftstoffe abgestimmt. Eine breite Mehrheit sprach sich dafür aus, dass unter

anderem bis 2025 mindestens alle 60 Kilometer entlang der europäischen Hauptverkehrsadern (TEN-Kernnetz) Ladesäulen für PKW entstehen sollen. Bis 2030 müssen auch auf dem TEN-V Gesamtnetz alle 60

Kilometer PKW-Ladesäulen entstehen. Die Bereitstellung von Ladeinfrastruktur für LKW wird ab 2027 für die Mitgliedsstaaten verpflichtend. Bis 2030 sollen so an den Hauptverkehrsadern ebenfalls alle 60 Kilo-



meter Lademöglichkeiten für LKW entstehen. Auf dem TEN-V Gesamtnetz darf die Distanz maximal 100 Kilometer betragen. Zusätzlich müssen auf sicheren Parkplätzen und in städtischen Knoten Ladesäulen für LKW eingerichtet werden. Bis 2030 soll es zudem entlang der Hauptverkehrsadern alle 200 Kilometer Tankmöglichkeiten für Wasserstoff geben. Auch für LNG-Tankstellen gibt es ein Ausbauziel für das Jahr 2025. An den Lade- und Tankstationen müssen

die Preise klar und deutlich kommuniziert werden sowie das Bezahlen mit Karten möglich sein. Straßenabschnitte, die wenig befahren werden und auf denen sich Investitionen ökonomisch nicht rechtfertigen lassen, können ausgenommen werden. Das muss aber von den Mitgliedsstaaten beantragt und von der Kommission genehmigt werden.

Die Abgeordneten von CDU und CSU werten die Abstimmung als bedeutendes Signal. Denn hohe Ein-

stiegskosten und fehlende Infrastruktur verhindern nachhaltige Mobilität. Auch werden sich die Reduktionsziele des Verkehrssektors ohne Akzeptanz in der Bevölkerung und der Industrie nicht verwirklichen lassen. Es ist jedoch klar, dass diese Verordnung nur der Startschuss ist, die die minimale Grundversorgung sichert. Zusätzlich werden private Ausbauinitiativen erforderlich sein, insbesondere vor dem Hintergrund des Verbrennerverbots für PKW ab 2035.

Europaparlament bringt Förderung der Chip-Produktion in der EU auf den Weg

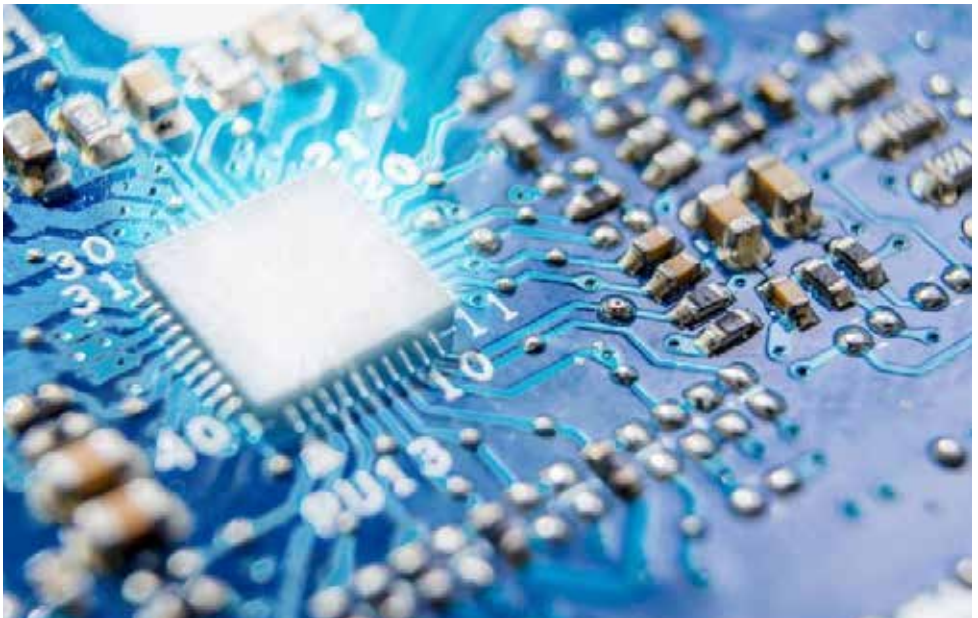
In der letzten Sitzungswoc-
he vor der Sommerpause
hat das Europaparlament
den europäischen Chips Act
angenommen. Dabei handelt
es sich um einen wichtigen
Grundstein für die europä-
ische Halbleiterindustrie.
Künftig soll die Entwicklung,
Herstellung und Verpackung
von Halbleitern in der EU mit
bis zu 43 Milliarden Euro ge-
fördert werden. Die Investi-
tionen sollen unter anderem
aus dem EU-Haushalt und der
Privatwirtschaft kommen.

Halbleiter sind für eine brei-
te Palette technologischer

und digitaler Produkte des
Alltags wie Autos, Haus-
haltsgeräte und Elektronik
von wesentlicher Bedeu-
tung. Ein Mobiltelefon ent-
hält beispielsweise rund
160 verschiedene Chips,
Hybrid-Elektroautos bis zu
3.500. Mikrochips. Beinahe
80% der Zulieferer für eu-
ropäische Unternehmen,
die auf Chips angewiesen
sind, haben ihren Haupt-
sitz außerhalb der EU. Mit
dem Chip-Gesetz will die EU
diese Abhängigkeit von asi-
atischen und amerikanischen
Chipproduzenten verringern
und damit die Versorgungs-

sicherheit verbessern sowie
die Wettbewerbsfähigkeit
europäischer Unternehmen
stärken. Angestrebt ist den
Marktanteil der EU an Halb-
leitern bis 2030 von derzeit
10% auf mindestens 20% zu
verdoppeln.

Der EU-Chips Act beruht auf
drei Säulen: öffentlichen För-
dermaßnahmen für die Ent-
wicklung von innovativen
Halbleitern, der finanziellen
Förderung von innovativen
Produktionsstandorten für
mehr Versorgungssicherheit
und einer Überwachung der
Lieferkette von Halbleitern.



Europaparlament zieht Schlussfolgerung aus der COVID-19-Pandemie



Die COVID-Pandemie stellte eine der größten Herausforderungen der EU dar, die vom Europaparlament entsprechend aufgearbeitet wurde. Dabei kommt der Abschlussbericht des parlamentarischen Sonderausschusses, der im Juli verabschiedet wurde, zu dem Fazit, dass trotz anfänglicher Probleme die Pandemie letztlich gut bewältigt wurde. 17 Monate lang haben sich die Abgeordneten intensiv mit Pandemiemaßnahmen auseinandergesetzt und Schlussfolgerungen für künftige Pandemien erarbeitet.

Für CDU und CSU ist dabei von Anfang an klar gewese-

sen, dass die Wirksamkeit von Impfungen sowie die Notwendigkeit der europäischen Kooperation an oberster Stelle stehen müssen. Da Viren machen an den Grenzen nicht Halt machen, war es falsch, dass sich viele europäische Mitgliedstaaten in den ersten Wochen der Pandemie so verhalten hatten, als handele sich um ein rein nationales Problem. Darüber hinaus erkannten die Abgeordneten an, dass in zukünftigen Krisen das Wohlergehen von Kindern und Jugendlichen eine noch größere Priorität haben muss. So kritisiert der Sonderausschuss in seinem Abschlussbericht, dass Schulen geschlossen waren,

während teilweise Feierlichkeiten erlaubt waren.

Bei der Beschaffung der Impfstoffe gab es ganz zu Beginn Probleme, aber bereits am 1. Juli 2021 war die Impfquote in der EU höher als in den USA. Dies verdeutlicht, wie wichtig es ist, gute Rahmenbedingungen für Wissenschaft und Forschung zu erhalten. Die EVP-Fraktion setzt sich daher nach wie vor für den Schutz des geistigen Eigentums ein. Die mRNA-Technologie hat nicht nur geholfen, aus der Pandemie zu kommen, sie besitzt auch hohes Potenzial darüber hinaus, zum Beispiel bei der Bekämpfung von Krebs.

Kommission bescheinigt Deutschland hohes Maß an Rechtstaatlichkeit

Am 6. Juli 2023 legte die Kommission ihren Rechtsstaatlichkeitsbericht 2023 vor. Während der Bericht sich auf die Gesamtlage in der EU bezieht, enthält dieser aber auch Bewertungen zur Entwicklung der Rechtsstaatlichkeit in einzelnen Mitgliedsstaaten. In dem Bericht bescheinigt die Kommission der deutschen Justiz ein hohes Maß an Unabhängigkeit und Effizienz. Auch die Medienfreiheit wird in dem Bericht positiv bewertet und festgestellt, dass das Grundgesetz einen gut etablierten Rechtsrahmen bilde, der die Freiheit und den Pluralismus der Medien sowie das Recht auf Zugang zu Informationen garantiert.

Allerdings wird auch kritisch bemerkt, dass bislang keine Schritte unternommen worden seien, die perso-

nelle Ausstattung der Justiz und eine angemessene Besoldung von Richtern zu gewährleisten. Angesichts der beträchtlichen Anzahl von Pensionierungen von

Richtern in den nächsten Jahren und der damit einhergehende Bedarf an neuem Personal, gelte es eine angemessene Richterbesoldung weiterhin zu gewährleisten.



Mehr mittelstandsfreundliche EU Politik nötig

Kleine und mittlere Unternehmen (KMU) sind das Rückgrat unserer Wirtschaft, doch leider gab es in den letzten

Jahren wenig politische Fortschritte in der europäischen Politik für kleine und mittlere Unternehmen. Die

CDU/CSU-Gruppe setzt sich beispielsweise schon lange für einen Beauftragten für kleine und mittlere Unter-

nehmen in der EU-Kommission sowie einen KMU-Test und ein europäisches Belastungsmoratorium für neue Gesetzgebung ein. Auch „One-in-one-out“, das Prinzip das für jedes neue Gesetz eine altes abgeschafft werden sollte, ist eines unserer wichtigen Anliegen. Bürokratie und zu viele Regeln

können beispielsweise kleinen und mittelständischen Bäckern, Landwirten oder Metallbauern die Luft zum Atmen nehmen.

Im Juli debattierte das Europaparlament über die Mittelstandspolitik der EU und verabschiedete eine Resolution dazu. KMU müssen endlich

stärker in der Gesetzgebung berücksichtigt werden. Dass von der EU-Kommission für September angekündigte Entlastungspaket für kleine und mittlere Unternehmen muss ein Anfang wird, dass Erleichterungen für KMU endlich eine zentrale Rolle in der europäischen Politik einnehmen.

71. Europäischer Wettbewerb gestartet

Der 71. Europäische Wettbewerb der Europäischen Bewegung Deutschlands steht unter dem Motto „Europa (un)limited“ und stellt den Umgang mit Grenzen sowie deren Überwindung, sowohl geographisch als auch persönlich, in dem Mittelpunkt. Schülerinnen und Schüler sind dabei aufgefordert sich mit diesem Thema entlang jahrgangsspezifischer Aufgaben in

WEB-TIPP

Alle Informationen finden Sie hier:
<https://www.ewhe.de/>

kreativer Weise auseinanderzusetzen. Neben Geld- und Sachpreisen können die Schülerinnen und Schüler Reisen u.a. nach Berlin, Straßburg oder Brüssel gewinnen. Einsendeschluss für die Beiträge ist der 14. Februar 2024.

IMPRESSUM

Michael Gahler
EVP-Fraktion im
Europäischen Parlament
ASP 15 E 262
B-1047 Brüssel
Tel +32-2-2845977
Fax +32-2-2849977
michael.gahler@
europarl.europa.eu
www.michael-gahler.eu
 michael.gahler.eu

Europabüros:
Wasserweg 2
64521 Groß-Gerau
Tel: +49-6152-932510
und Steubenplatz 12
64293 Darmstadt
Tel: +49-6151-1712-13

Bildnachweis:
*Europäisches Parlament,
Europäische Kommission
Freepik.com*

